

Beschluss 7. Abteilung Bellevue

14. Oktober 2020

Ernst machen mit der Mobilitätswende!

Die KDV Mitte möge beschließen

Der LPT Berlin möge beschließen

Der SPD-Parteitag möge beschließen

Die Klimaschutzziele sind nur erreichbar, wenn auch im Verkehrssektor deutliche Fortschritte im Sinne einer nachhaltigen Mobilität erreicht werden.

Deshalb fordern wir die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen auf, folgende Punkte umzusetzen:

- 1) Der Fußverkehr und der Umweltverbund (ÖPNV, Radverkehr, Sharingangebote) haben Vorrang. Die Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Stadt- und Verkehrsplanung, in der Straßenverkehrsordnung und bei der Nutzung öffentlicher Flächen ist antiquiert und wird aufgehoben. Insbesondere in hochverdichteten urbanen Zentren hat die Reduktion von Kraftfahrzeugen (Kfz) oberste Priorität. Kommunen, Länder und der Bund müssen zusammenwirken, um die Innenstädte menschenfreundlich und nachhaltig umzugestalten.
- 2) Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren erhalten ab 2035 keine Zulassung. Deshalb ist es richtig, die Automobilindustrie auf eine rasche Transformation zu drängen, und - soweit erforderlich - auch weiterhin neue Technologien zu fördern. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind im Transformationsprozess besonders zu unterstützen. Der Ausbau einer einheitlichen Ladestelleninfrastruktur muss forciert werden.
- 3) Die SPD tritt für eine Mobilitätspolitik ein, die vor allem auch die Interessen der von Familien, Mobilitätseingeschränkten, einkommensschwachen oder hart arbeitenden Menschen sichert. Die technische, organisatorische und preisliche Gestaltung des Umweltverbundes muss diesem Ziel genügen.
- 4) Berlin und Brandenburg brauchen ein abgestimmtes Verkehrskonzept. Der MIV wird auf unbestimmte Zeit vor allem auf dem Lande und bei der Anbindung des Umlands an die Stadtzentren eine wichtige Rolle spielen. Die Politik muss sich

diesen Anforderungen stellen und Lösungen finden, damit die Erreichbarkeit der Innenstädte für PendlerInnen und BesucherInnen diskriminierungsfrei gewährleistet bleibt und zugleich die Innenstädte entlastet. Der Ausbau insbesondere des Schienenverkehrs in Verbindung mit Park-and-Ride-Anlagen muss daher forciert werden.

Begründung:

Es gibt viele Gründe für die Mobilitätswende: Klimaschutz, der Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen und die Wiedergewinnung des öffentlichen Raums in unseren Städten für die Begegnung und Erholung von BewohnerInnen und BesucherInnen.

Anders als in den fünfziger und sechziger Jahren sagen wir klar: Der MIV sowie Schwerlastverkehr müssen aus innerstädtischen Zentren herausgehalten werden. In den Innenstädten haben stattdessen die Menschen Vorrang, die zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV unterwegs sind. Nicht jede oder jeder hat Anspruch darauf, zügig mit dem eigenen Fahrzeug in die Innenstadt zu kommen und gar einen Parkplatz beanspruchen zu können. Deshalb muss eine ausgewogene Regulierung geschaffen werden, mit der der MIV aus den Innenstädten herausgehalten wird, den Interessen von mobilitätseingeschränkten BewohnerInnen oder Familien aber gerecht wird. Finanzielle Belastungen müssen angemessen sein, dürfen aber keine soziale Ausgrenzung zur Folge haben.

Eine Neuaufteilung des Raums in den Innenstädten gelingt nur, wenn die Alternativen zum MIV attraktiv genug sind. Die SPD setzt sich daher im Bund, in den Ländern und in den Kommunen für einen attraktiven Öffentlichen Fern- und Nahverkehr ein, für sichere Rad- und Fußwege und eine neue Organisation des Lieferverkehrs. E-Mobilität und Carsharing können einen Teil der Lösung darstellen, dürfen jedoch nicht zu einer neuen Blechlawine in den Städten werden. Unsere Innenstädte sollen wieder lebenswert werden.